Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2167

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Winkelheide, Mick, Orgaß, Exner, Müller (Berlin), Müller (Remscheid) und Genossen

betr. **Industrie- und Handelskammern**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Betrachtet die Bundesregierung die allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages zugeleitete Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages vom 23. August 1967 zum Regierungsentwurf einer mittelfristigen Finanzplanung nicht als einen Verstoß gegen § 1 Abs. 5 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I S. 920), wonach es „nicht zu den Aufgaben der Industrie- und Handelskammern", demgemäß auch nicht zu den Aufgaben ihrer Dachorganisation, „gehört", sozialpolitische und arbeitsrechtliche Interessen wahrzunehmen?

2. Sieht die Bundesregierung in der Aufforderung der Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern zum radikalen Abbau sozialpolitischer Maßnahmen, insbesondere im Bereich der gesetzlichen Alterssicherung, nicht einen Versuch, die von der Bundesregierung angestrebte Politik der gerechten Verteilung von Belastungen und Opfern auf die Schultern aller Bürger sowie einer „Sozialen Symmetrie" ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen einseitig zu beeinflussen und zu stören?

3. Wann beabsichtigt die Bundesregierung das „vorläufige" Gesetz zur „Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern" durch ein „endgültiges" Gesetz zu ersetzen und dem Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen?

4. Wird der Gesetzentwurf auch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Industrie- und Handelskammern regeln, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts nicht als alleinige Interessenvertretung der Unternehmer sondern als Kammern der Unternehmungen zu verstehen und zu begründen sind?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

5. Hat die Bundesregierung auch andere Lösungsmöglichkeiten, wie z. B. die Errichtung von Arbeitnehmerkammern oder von paritätisch besetzten Wirtschaftskammern geprüft?

Bonn, den 11. Oktober 1967

Winkelheide
Mick
Orgaß
Exner
Müller (Berlin)
Müller (Remscheid)
Dr. Arnold
Budde
Burger
Franke (Osnabrück)
Franzen
Geisenhofer
Häussler
Klein
Dr. Kliesing (Honnef)
Köppler
Krampe
Kuntscher
Müller (Aachen-Land)
Rommerskirchen
Teriete
Varelmann
Weimer
Dr. Wuermeling
Wullenhaupt
Zink